

Universitätsvollversammlung an der Montanuniversität

Der angekündigte Sparkurs der Bundesregierung und ihre Säumigkeit bei der Lösung der dringlichsten hochschulpolitischen Probleme – insbesondere der Frage einer ausreichenden Finanzierung – standen am Dienstag, den 19. Oktober 2010, im Mittelpunkt einer Universitätsvollversammlung an der Montanuniversität Leoben.

Das „Erzherzog-Johann-Auditorium“ der Leobener Universität platzte aus allen Nähten als Rektor Wolfhard Wegscheider in seinem Eingangsstatement auf die Situation der österreichischen Universitäten verwies, sollte die Bundesregierung nicht zum Umdenken gebracht werden können: „Auch wenn die Globalbudgets für die Leistungsvereinbarungsperiode von 2010 bis 2012 gesichert sind, wird es als Folge der sich verschlechternden Studienbedingungen (steigende Studierendenzahlen, gleich bleibendes Budget) bereits im laufenden Studienjahr zu spürbaren Qualitätseinbußen kommen. Ab 2013 fehlen allein zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Universitäten rund 300 Millionen Euro jährlich, wobei der eigentlich anzustrebende Ausbau (Studienplätze, bessere Betreuungsrelationen, Infrastruktur, Gebäude) erhebliche zusätzliche Mittel erfordern würde“, so Wegscheider.

„Wenn die Regierung ihre Ankündigungen, das Universitätsbudget für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 einzufristen und damit real zu kürzen in die Tat umsetzt, wird das an den Universitätsstandorten unweigerlich einen Abbau von Universitätspersonal bzw. die Schließung von Studiengängen oder ganzen Instituten zur Folge haben - und diese Auswirkungen werden wir bereits deutlich vor 2013 verspüren“, meinte Wegscheider abschließend.

Der Vizerektor für Finanzen, Hubert Biedermann, erläuterte in seinem Referat die direkten Auswirkungen auf die Montanuniversität Leoben. „Sollte der Sparkurs in der vorgeschlagenen Form tatsächlich Platz greifen, dann fehlen uns für die Periode von 2013 bis 2015 rund 14,8 Millionen Euro, und dies würde neben umfangreichen Einschränkungen für die Weiterentwicklung der Universität vor allem eine massive Gefährdung von Arbeitsplätzen nach sich ziehen“, so Biedermann.

Professorenverbandsvorsitzender Wilfried Eichlseder widmete sich in seinem Statement vor allem den volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer derartigen Vorgehensweise der österreichischen Bundesregierung: „Bildung und Forschung sind wesentliche Triebfedern der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie schaffen die Basis für Prosperität, Wohlfahrt und sozialen Frieden, und wir tragen die Verantwortung für den Wissenschaftsstandort Österreich und für eine qualitätsvolle Ausbildung unserer Studierenden“, so Eichlseder.

Sowohl der Vorsitzende des Senats, Peter Kirschenhofer, die Vorsitzenden der Betriebsräte, Anton Mayer und Jürgen Edlinger, als auch der Vorsitzende des Universitätslehrerverbandes, Thomas Meisel, bekräftigten unisono ein weiteres gemeinsames Vorgehen, um die Bundesregierung in den kommenden Wochen und Monaten an ihre Verpflichtung für eine ausreichende Finanzierung der Universitäten und die Herstellung angemessener Studienbedingungen mit Nachdruck zu erinnern.

Auch der Vorsitzende der österreichischen Hochschullerschaft an der Montanuniversität Leoben, Lukas Volker, stieß ins selbe Horn: „Eine Investition in die Bildung ist eine Investition in die Zukunft“, so Volker, „daher haben wir gemeinsam mit den Hochschullerschaften der Universität Innsbruck, der Medizinischen Universität Innsbruck und der Wirtschaftsuniversität Wien auch ein diesbezügliches Volksbegehren gestartet. Ich kann nur alle ersuchen uns diesbezüglich zu unterstützen.“

Weitere Informationen:

Erhard Skupa

Tel.: +43 3842 402-7220

Mobil: +43 660 14 323 14

E-Mail: erhard.skupa@unileoben.ac.at

Großer Andrang im Erzherzog-Johann-Auditorium bei der Universitätsvollversammlung